

## X. Was ist neu?

### Erkenntnisse aus den nun zugänglichen Akten

Die jüngsten Archivfunde erweitern den Einblick in das Leben von Oskar Brüsewitz. Sie belegen seine psychische Belastbarkeit und seine tiefe persönliche Integrität. Diese Dokumente entkräften das von der SED und dem MfS konstruierte Narrativ einer „psychischen Erkrankung“. Die sozialistische Propaganda versuchte gezielt, sein späteres Fanal als Tat eines „Geisteskranken“ abzuwerten.

Die neuen Quellen zeichnen jedoch das Bild eines Mannes, der Krisen mit bemerkenswerter Resilienz bewältigte. Die Dokumente zeigen ihn in seiner Rolle als reflektierten, unbequemen und unerschrockenen Geistlichen. Er war ein Mann, der persönliche Niederlagen überwand, im Beruf als Schuhmacher Standfestigkeit bewies und seine theologische Ausbildung mit klarem Verstand absolvierte.

Seine Radikalität gegen das DDR-System entsprang einer unerschrockenen, inneren Überzeugung. Im Folgenden werden chronologisch die wesentlichen neuen Erkenntnisse vorgestellt, die über den bisherigen Forschungsstand hinausgehen.

### Predigerschule in Wittenberg (1954/55)

Das Leben von Oskar Brüsewitz wird verschiedentlich mit einer psychischen Erkrankung in Verbindung gebracht, was einen durchaus entwertenden Unterton hinsichtlich des „Fanal“ haben könnte. Nach einem denkbar sorgfältigen Abwägen darf dies nicht unkommentiert belassen werden, sondern ist zu reflektieren – was selbst bei einer Person der Zeitgeschichte wie ihm behutsam anzugehen ist.<sup>775</sup>

Der letzte Leiter der MfS-Bezirksverwaltung Halle, Generalmajor a. D. Dr. Heinz Schmidt (1930–2012) vermerkte in seinen unveröffentlichten Erinnerungen: „Aus den mir umgehend übermittelten Informationen ging hervor, dass Herr Brüsewitz seit längerer Zeit der Kirchenleitung durch Maßnahmen

aufgefallen wäre, die nicht zur allgemeinen Praxis der Kirche gehören würden. Deshalb habe es in Rippicha eine Überprüfung gegeben und es sei festgelegt worden, dass er aus seiner Verantwortung abgelöst werden sollte. Dazu wurde er in einem Evangelischen Krankenhaus in Thüringen untersucht und dort attestiert, dass er nicht mehr als Seelsorger eingesetzt werden könne. Der letzte Satz, der mir in Kopie vorliegenden Untersuchungsergebnisse lautete: ‚Herr Brüsewitz sollte in seinem alten Beruf wieder tätig werden, er ist Schuster von Beruf‘.<sup>776</sup>

Es scheinen sich in diesen Erinnerungen Fehler eingeschlichen zu haben. Deshalb ist es auch geboten, diese mit der Aktenlage zu konfrontieren.

Am 3. November 1954 stellte sich Oskar Brüsewitz pflichtgemäß einer Untersuchung im Gesundheitsamt in Weißenfels, weil dies die Voraussetzung dafür war, ein Studium an der Predigerschule in Wittenberg aufzunehmen. Der 24-Jährige war trotz einer Magenoperation ein halbes Jahr zuvor vom Amtsarzt als geeignet für das Studium befunden worden.<sup>777</sup> In seiner Personalakte findet sich ein Kopfbogen (der weitere Text ist in der Akte abgetrennt) der Psychotherapeutischen Ambulanz der Nervenlinik Bernburg, der auf den 5. Januar 1954 datiert, aber vermutlich den 5. Januar 1955 meint.<sup>778</sup>

Es findet sich allerdings zunächst hierzu ein vielsagender Satz im Schreiben eines Pfarrers vom 17. Januar 1955 wieder: „Die Klapsmühle war jedenfalls Gift für ihn“, was einen Aufenthalt in Bernburg nahelegt (Dokument 1)<sup>779</sup>. Tatsächlich war er dort wenige Tage, beginnend am 16. Dezember 1954 bis zum 7. Januar 1955, wozu es heißt: Man stellte zuvor fest, „daß die Magensache nur sekundäre Folge einer Nervenerkrankung sei und überwies ihn zur Beobachtung in die Nervenheilanstalt Bernburg. Der dortige Aufenthalt ergab eindeutig, daß er aus gesundheitlichen Gründen die Predigerausbildung nicht fortsetzen könne“, heißt es in einem Schreiben des Studiendirektors vom 25. Januar 1955 (Dokument 2).<sup>780</sup> Das ihn belastende Trauma ist offenkundig die Scheidung von seiner Ehefrau Therese Brüsewitz, geborene Heinisch, die er im August 1951 in Melle geheiratet hatte und aus der im Juni 1952 die gemeinsame Tochter Renate hervorgegangen ist. Die Scheidung erfolgte 1954, wobei die Ehefrau und Tochter in der Bundesrepublik, Oskar Brüsewitz eben in der DDR lebte; die Trennung belastete ihn offenkundig sehr.<sup>781</sup>

Das Zeugnis für die kaum zehn Tage, die er im Pfarrhaus in Kayna verbrachte, zeigen Zweifel an einer Einstellung in den kirchlichen Dienst und die Empfehlung, ihn wieder seinen erlernten Beruf ausüben zu lassen (Dokument 3).<sup>782</sup>

Als ihm der Weg in den kirchlichen Dienst nicht wieder ermöglicht wurde, war Oskar Brüsewitz sehr empört, erzählte Außenstehenden davon und auch von seiner Scheidung, wünschte, wieder ins Krankenhaus verbracht zu werden (Dokument 4).<sup>783</sup> Mithin werden diese zwei Momente von Brüsewitz als Niederlage empfunden worden sein. Eine Verletzung, die sich im Weiteren nicht gänzlich verloren haben dürfte, und vermutlich heute als kumulative Lebenskrise oder eine multiple Verlusterfahrung bezeichnet werden könnte; aber keine Voraussetzungen für einen Klinikaufenthalt.

Und mit Bezug zum ehemaligen Generalmajor Schmidt gibt es lediglich eine bislang aktenkundig überlieferte Urkunde, nach der Brüsewitz empfohlen wurde, nicht weiter zum Predigerseminar zu gehen bzw. einen anderen als den theologischen Beruf empfiehlt.

Tatsächlich finden sich in Anhängen seiner Personalakte in einer späteren Nachheftung zwei Schreiben, die offenbar über einen längeren Zeitraum andernorts abgelegt waren. Demnach war Brüsewitz drei Wochen in der Ambulanz. Bereits nach einer Woche schrieb Dr. Hans Schliack (1919–2008) an Erich Reusche (1913–1982),<sup>784</sup> dem Rektor der Predigerschule, dass er bei Brüsewitz den dringenden Verdacht „einer lügenhaften Existenz“ habe; mehr noch halte er es nicht für ausgeschlossen, ihn als „Hochstapler“ anzusehen.

Der Kontext: Brüsewitz hatte von seiner Ehesituation erzählt, die ihm unglaublich erschien, und auf dessen Basis er spekulierte: „Daß sich der Mann zum Predigerschüler eignet, glaube ich nicht“, schreibt er in einem privaten Schreiben, das im Weiteren die Organisation seiner Silvesterfeier zum Schwerpunkt hat.<sup>785</sup>

In einem weiteren, dann dezidiert privaten Schreiben, das nun explizit auf den 5. Januar 1955 datiert, heißt es dort: „Ihrer Vermutung entsprechend, fanden sich hier keine Anzeichen geistiger Erkrankung.“ Mit dieser Feststellung waren alle Spekulationen hinfällig, auch wenn der behandelnde Arzt auf „schwere Jugenderlebnisse“ verweist und empfiehlt: „Bei der augenblicklichen Labilität des Charakters halte ich B. für eine rein geistige Beschäftigung trotz gut durchschnittlicher Intelligenz nicht für geeignet, sondern bleibe bei meinem Vorschlage, ihn nach Möglichkeit in sein Handwerk zurückkehren zu lassen, wenn auch unter Beachtung geistiger Entwicklungsmöglichkeiten.“ Brüsewitz, dem dieser Befund mitgeteilt worden war, habe sich damit einverstanden erklärt.<sup>786</sup> Ein Gutachten war es also nicht, eine Beurteilung schon – die Brüsewitz von einer geistigen, also psychischen Erkrankung freispricht.

## Predigerschule in Erfurt (1964–1969)

Im August 1964 begannen Gespräche mit Oskar Brüsewitz zur Aufnahme in die Evangelische Predigerschule in Erfurt auf Empfehlung von Pfarrer Siegfried Merker aus Weißensee (Dokument 6)<sup>787</sup>, im Oktober 1964 nahm er erfolgreich an der Aufnahmeprüfung teil. Dabei kam auch die Rede auf seine Zeit in Wittenberg, wozu es dann heißt: „Er hatte sich dann an der Predigerschule beworben, war aber dort selbst nach seinen Aussagen nur 3 Wochen von Mitte November an. Weil die Operation noch zu frisch war, musste er wieder das Krankenhaus aufsuchen (Paul-Gerhardt-Stift) [...]. Die daran anschließende Behandlung und die Untersuchungen bei [Prof.] Dr. [Hans] Schliack in Bernburg ergaben, daß B[rüsewitz] 2 Jahre lang aussetzen solle (in den Akten findet sich von dem Bericht nur der Briefkopf!). Er wurde aus der Predigerschule entlassen; aber darüber hat er nichts Schriftliches in Händen“ (Dokument 7).<sup>788</sup> Der Rektor gewann einen guten Eindruck von ihm, wenn auch als „gefühlbetont, ein wenig sprunghaft in seinem Denken“. Die frühere Prognose von 1955, bei Brüsewitz von einer weiteren Ausbildung abzusehen, finde sich nach dem Urteil von Rektor Werner Gutjahr (1922–2013) nicht bestätigt. Brüsewitz konnte am 1. November 1964 anfangen.<sup>789</sup>

Allerdings gab es Fragen zu seiner Gesundheit. Das Aktenstudium ergab folgende Konstellation: Brüsewitz hatte zwar am 22. Oktober 1964 ein amtsärztliches Gesundheitszeugnis beigebracht,<sup>790</sup> doch war noch ein Gutachten eines Nervenfacharztes erwünscht, um zu ermitteln, ob die Gesundheit für eine Predigerausbildung zureichend war. In einem Gesundheitszeugnis vom 3. November 1954 war die Rede von „erheblicher Nervenirregbarkeit“, und im aktuellen ärztlichen Zeugnis war die Rede von „vegetativer Dystonie und Neurasthenie“ (eine Art Erschöpfungssyndrom), was veranlasste, ein Gutachten eines Nervenarztes zu erwarten; Brüsewitz hatte das zu veranlassen (Dokument 8).<sup>791</sup>

Für den 9. Dezember 1964 war die Untersuchung in der Nervenklinik anberaumt,<sup>792</sup> zu der es auch kam. Doch ließ sich Prof. Dr. med. Dr. h. c. Richard Heidrich (1920–1997), Ordinarius und Inhaber des Lehrstuhls für Psychiatrie und Neurologie an der Nervenklinik und Poliklinik der Medizinischen Akademie Erfurt Zeit damit, was den Rektor der Predigerschule veranlasste, ihm am 8. Februar 1965 zu schreiben. Er mahnte nicht nur das ausstehende Gutachten an, sondern nutzte die Gelegenheit, sich so zu äußern: „Es würde mir wie allen anderen Dozenten der Predigerschule sehr leid tun, wenn Ihr Gut-

achten so ausfiele, daß wir Herrn Brüsewitz um seiner eigenen Gesundheit willen nicht hierbehalten könnten. Die im amtsärztlichen Gesundheitszeugnis vom 22.10.1964 als Befunde angegebene vegetative Dystonie und Neurasthenie könnte sehr wohl von mancherlei Aufregungen intensiviert worden sein, die Brüsewitz im Sommer und Herbst vorigen Jahres gehabt hat. Wir haben hier zu unserer Freude bislang in seinem Verhalten und Wesen keine besonderen nervösen Störungen beobachten können“ (Dokument 9).<sup>793</sup>

Das Gutachten stellte, nachdem Brüsewitz vom Chefarzt selbst untersucht worden war, am 16. Februar 1965 fest: „Die Durchuntersuchung des Herrn Oskar Brüsewitz erbrachte keine Hinweise dafür, dass z. Zt. ein Nervenleiden vorliegt. Gewisse nervöse Erscheinungen sind vorhanden, aber wie Sie schon selbst schreiben, auch durch allerlei Aufregung mitbedingt gewesen, und wie ich heute von Herrn Brüsewitz höre bereits im Abklingen. Von nervenärztlicher Seite aus bestehen also keine Bedenken, ihn weiter auszubilden.“<sup>794</sup>

Brüsewitz bestand die Probezeit,<sup>795</sup> wie auch die 1. Zwischenprüfung am 4./5. April 1966 (mit „genügend“, was in etwa dem heutigen „befriedigend“ entspricht).<sup>796</sup>

Am 15. Dezember 1966 passierte es dann. Brüsewitz war wegen eines „totalen Erschöpfungszustandes“ rund drei Wochen in der Nervenklinik von Prof. Richard Heidrich untergebracht und wurde mit der Maßgabe am 4. Januar 1967 entlassen, dass er „noch zwei bis drei Wochen Erholung“ haben sollte (Dokument 10).<sup>797</sup> Zu bedenken ist allerdings ein weiteres: Der Gesundheitszustand der 23 Predigerschüler, vermerkte der Rektor, sei seit Semesterbeginn so labil wie noch nie. Täglich fehlten Schüler am Unterricht. „Die Widerstandskraft der Predigerschüler ist erstaunlich gering, manchmal auch der Widerstandswille.“ Offenkundig frustriert fügte er an, „daß man keine Bestimmung in die Studienordnung aufnehmen kann, wonach frühestens im 7. Semester geheiratet werden darf!“ Brüsewitz, heißt es dann, habe einen „totalen Erschöpfungszustand“, weshalb er eben in der Klinik sich aufhalte.<sup>798</sup> Fünf Tage nach seiner Entlassung erklärte Brüsewitz: „Er fühlt sich durchaus gekräftigt und genesen und möchte am liebsten unverzüglich wieder am Unterricht teilnehmen“, doch hatte er erst noch zwei Wochen Genesungsurlaub zu absolvieren, die er in Kloster Drübeck verbrachte.<sup>799</sup>

## **Das 2. pfarramtliche Praktikum in Spören (1968)**

Der Rektor empfahl Brüsewitz im März 1968 Pastorin Eva-Maria Molkenteller (1911–2006) in Spören mit einem Schreiben, das empathisch, aber nicht ganz sorgenfrei wirkte (Dokument 11).<sup>800</sup> Die Kooperation verlief durchwachsen, denn Brüsewitz habe „wenig Neigung zu theologischer Arbeit“, als vielmehr „volksmissionarischen Eifer“ entwickeln wollen, stellte die Pastorin abschließend fest (Dokument 12).<sup>801</sup> Superintendent Siegfried Seeliger (1910–1993) erklärte gleich eingangs seines Votums, dass es „für keinen der Beteiligten eine reine Freude gewesen“ sei, gleichwohl war er auch hoffnungsfroh (Dokument 13).<sup>802</sup> Und der Rektor der Evangelischen Predigerschule, Werner Gutjahr, eröffnete einen Aktenvermerk mit den Worten: „Nachdem das Praktikum des Predigerschülers Brüsewitz bei Frau Pastorin Molkenteller im Juli/August d. Js. bereits nahezu gescheitert wäre und es mich einige Briefe und Aussprachen (u. a. mit dem Ehepaar Brüsewitz, mit Schwester Molkenteller und mit Herrn Propst Dr. [Walter] Münker [(1913–1998)]<sup>803</sup> gekostet hatte, die Fortsetzung zu ermöglichen, fuhr ich – nicht zuletzt beunruhigt durch einen Brief von Superintendent Seeliger, der erneut harte Klage über B.s Verhalten führte – mit sorgenvoll-skeptischen Erwartungen nach Spören.“

Er stellte vor Ort fest, Brüsewitz war eigenwillig und „zu selbständig“ – aber: „Auf die Gemeindeglieder [...] hat Brüsewitz offensichtlich einen guten Eindruck gemacht; die Ältesten haben ihm ein geradezu peinlich positives ‚Zeugnis‘ ausgestellt“ (Dokument 14).<sup>804</sup> Es zeichneten sich in Spören bereits Konfliktlinien ab, die sich so auch in Rippicha zeigen sollten.

## **Abschlussarbeit für die 2. Predigerprüfung über Paul Blau (1968/69)**

Am 20. Februar 1969 reichte der im 7. Semester befindliche Oskar Brüsewitz seine Abschlussarbeit zur 2. Predigerprüfung an der Evangelischen Predigerschule in Erfurt ein; drei Monate, nachdem er die Aufgabe am 11. November 1968 erhalten hatte.<sup>805</sup> Während dessen war er bemüht, den ohnehin laufenden Unterhaltszahlungen für seine in Bremen lebende Tochter Renate während ihrer Berufsausbildung nachzukommen, was einigen Schriftverkehr verursachte,<sup>806</sup> und

auch sein 12-jähriger Sohn Matthias (1957–1969) war am 5. Februar verstorben; Bischof Werner Krusche (1917–2009)<sup>807</sup> kondolierte dazu persönlich.<sup>808</sup>

Brüsewitz' Prüfungsthema lautete: „Paul Blau. Generalsuperintendent von Posen“.<sup>809</sup> Paul Blau (1861–1944) leitete als Generalsuperintendent über drei Jahrzehnte lang die evangelische Kirche in Posen und bewies dabei großes diplomatisches Geschick im Spannungsfeld zwischen der deutschen Minderheit, den polnischen Staatsbehörden und der katholischen Mehrheitsgesellschaft. Während der Zeit des Nationalsozialismus versuchte er, die organisatorische Unabhängigkeit seiner Kirche im sogenannten „Warthegau“ unter extremem politischem Druck und trotz massiver staatlicher Repressionen aufrechtzuerhalten.<sup>810</sup>

Diese bislang nie veröffentlichte Arbeit enthält ein aufschlussreiches Kapitel zum Verhältnis von Staat und Kirche zu Zeiten des Nationalsozialismus und des Agierens des Generalsuperintendenten, das schon früher Anlass gab, hierin ein wünschenswertes Verhalten der Evangelischen Kirche zu sehen.

Nunmehr liegt die vollständige Arbeit vor, deren Kapitel III.2 zu „Staat und Kirche“ im Anhang abgedruckt wird (Dokument 15). Als Gutachter wurde der Dozent der Predigerschule und Pfarrer Martin Bauer (1926–2020) aus Erfurt eingesetzt, dessen Vater zur Bekennenden Kirche gehörte; Bauer verließ später die DDR.<sup>811</sup> Bauer monierte nicht wenige Stellen in der Abschlussarbeit, darunter Sätze wie diesen: „Als D. Blau von seinem König Jesus Christus heimgerufen wurde, brachen alle Dämme. Wohl hat D. Blau kein Martyrium erleiden müssen, aber seine Seele muß geschmerzt haben, als diese seine Kirche sichtbar zum Tode verurteilt war.“ Bauer vermerkte dazu am Rand: „Ist das etwa nationaldeutsch gemeint?“<sup>812</sup> An anderer Stelle führte Brüsewitz aus: „Das Todesurteil der Posener Kirche war bereits ausgesprochen und sollte nun Zug um Zug vollstreckt werden.“ Bauer fand: „Wie kann man solchen Unsinn übernehmen!“<sup>813</sup>

Sein Gutachten leitet Bauer so ein: „Herr B. hat eine gut angelegte und fleißige Arbeit eingereicht. Wer sich noch an seinen kümmerlichen Anfang auf der Predigerschule erinnert, wird das dankbar anerkennen. Trotz der augenfälligen Mängel in der deutschen Sprache und in der Methodik liest man die Arbeit mit Interesse. [...] Es ist ihm gelungen, sich ein Bild von der Lage der Kirche und von der Person Blaus zu machen und es in einer gut lesbaren Schilderung darzustellen.“ Die Kritik bezog sich auf unzureichende Literaturkenntnis, mangelnde Distanz zum Untersuchungsgegenstand und insbesondere fehlende Ab-

wägungen zum theologischen Verständnis Blaus, womit er dann am 20. März 1969 ein „genügend“ (3, also befriedigend) vergab.<sup>814</sup>

Ausgerechnet sein Prüfer Martin Bauer wechselte im Anschluss an seine Dozententätigkeit in Erfurt nach Zeitz, um dort die zweite Pfarrstelle an der Kirche St. Michaelis und gleichzeitig das Amt des Superintendenten des Kirchenkreises Zeitz bis 1973 zu übernehmen, aber dann anschließend nach Erfurt zurückkehrte.

Rektor Werner Gutjahr bestimmte ihn noch vor der mündlichen Prüfung von Oskar Brüsewitz zum Mentor. Denn es war festgelegt, Brüsewitz ab dem 1. Mai 1969 in Rippicha als Anwärter für das Predigeramt einzusetzen.<sup>815</sup> Nur lehnte Bauer diese Aufgabe ab und betraute Pfarrer Otto Pappe (1931–1993), bis dato Vakanzverwalter in Rippicha, mit dieser Aufgabe;<sup>816</sup> Pappe war von 1962 an bis 1976 Pfarrer an der evangelischen Sankt-Nikolai-Gemeinde in Zeitz und wurde faktisch nicht nur Mentor, sondern auch Freund und theologischer Vertrauter von Oskar Brüsewitz.<sup>817</sup>

Die mündliche Prüfung am 31. März/1. April 1969 als Prediger bestand Brüsewitz mit einer Gesamtnote „genügend“ (3), wobei die Kenntnisse in Bibelkunde, Liturgik, Gesangbuchkunde, kirchlicher Kunst sowie kirchlicher Verwaltung mit „gut“ (2) bewertet wurden. (Es gab seinerzeit vier Noten und die Note 4 galt als „ungenügend“).<sup>818</sup>

## **Probezeit in Rippicha – aus kirchlicher Sicht (1969/70)**

Nach einem Jahr wurde das Wirken von Oskar Brüsewitz während der Probezeit bilanziert und im Ergebnis übernahm er die Pfarrstelle. Superintendent Bauer äußerte sich wohlwollend, denn vor Brüsewitz habe in Rippicha „kaum mehr Gemeinde“ bestanden. Das Pfarrhaus befand sich im denkbar schlechtesten Zustand, was auch für die von Brüsewitz zu betreuenden Gemeinden in Ossig und Schellbach galt.

Er schätzte Brüsewitz’ „großen Eifer und Einfallsreichtum“ sowie seine „Breitenwirkung“, und in der Gemeinde in Rippicha fand er ein „überraschend gutes Echo“, wo er mit „Liebe und Verständnis auf die Menschen“ eingegangen war. Hinsichtlich der Reparaturen zeigte er ein „geradezu unwahrscheinliches Geschick in der Beschaffung von Material und Arbeitskräften“, und beim Predigen zeigte er „gute Ansätze“, wobei er viel Anleitung durch Pfarrer Pappe

erhalten habe. Aber: „Es hat erhebliche Schwierigkeiten gegeben. Sie haben ihre Ursachen sowohl in Herrn B. selbst als auch in den Gegenwirkungen, die der große Erfolg der Arbeit hervorrufen musste. Es fehlt Herrn B. an Sammlung und innerer Ruhe“, womit vor allem ungeschützte Äußerungen gemeint waren.

Bauer verwies auf das Verbot einer Bibelwoche durch die Volkspolizei, weil deren Abschnittsbevollmächtigter Anmeldevorschriften verletzt haben soll.

Dann war da das Leuchtkreuz auf dem Kirchturm in Rippicha, wovon später noch die Rede sein wird, und als das Evangelische Konsistorium in Magdeburg das Ausschalten des Leuchtkreuzes anordnete, weigerte sich Brüsewitz, gab zeitweilig nach, und ließ es dann wieder brennen. „Trotz mehrfacher Anforderungen hat er bis heute keinen Urlaub genommen. [...] Herr B. ist ein gläubiger, aufrichtiger und opferbereiter Christ. Seine Begabung, Menschen zu wecken und zu leiten, steht außer Frage.“ Der Superintendent empfahl, ihn auf Dauer in Rippicha einzusetzen. „Er selbst wünscht sich das Verbleiben in Rippicha“ (Dokument 16).<sup>819</sup>

Oskar Brüsewitz blickte zufrieden auf dieses Jahr zurück. An Festtagen kamen teils 100 bis 150 Personen zum Gottesdienst. Auf zwei Trauungen, vierzehn Beerdigungen und sechs Taufen konnte er ebenso verweisen wie auf zwei Bibelwochen, wöchentlich vier Konfirmandenstunden und die Reparaturen. „Das Verhältnis zum Superintendenten ist deshalb von besonderer Art, weil dieser viereinhalb Jahre lang mein Ausbilder in der Predigerschule war. Immerhin haben wir bei ihm als Gemeinde, aber auch als Prediger jederzeit Hilfe und Verständnis gefunden.“ Auch diese Quelle sagt: Er möchte dort bleiben.<sup>820</sup>

Sein Mentor Otto Pappe sah sich veranlasst, die Ausführungen von Brüsewitz beinahe überschwänglich zu kommentieren: „Seine Unbekümmertheit, verbunden mit viel Energie, hat manche Schwierigkeit mit sich gebracht, die aber bemerkenswerte gute Ergebnisse gebracht hat. [...] Daß er der richtige Mann für die Gemeinden ist, zeigt die Bewegung und heilsame Unruhe, die er mitgebracht hat. Er hat das übliche Bild des Pastors in Rippicha infrage gestellt und dadurch die Gemeinde in überraschender Weise belebt. Die Zahlen der Gottesdienstbesuche hielt man nicht mehr für möglich. Das ist ein Beweis für den guten Umgang mit der Bevölkerung.“<sup>821</sup>

In der Summe wussten alle Beteiligten, die Gemeinden, der Superintendent von Zeitz und auch das Evangelische Konsistorium der Kirchenprovinz Sachsen exakt, was sie an Oskar Brüsewitz hatten. Er wurde mit diesem Wissen ordiniert und in Rippicha eingesetzt (Dokument 19).<sup>822</sup> Sie wussten von seiner

hohen Akzeptanz in der Gemeinde, wie auch davon, dass der Staat ihm schroff begegnet war. Brüsewitz konnte sich auf den Rückhalt der Christen und des Superintendenten Martin Bauer verlassen.

## **Probezeit in Rippicha – aus staatlicher Sicht (1969/70)**

Mitunter wird die Rolle der Volkspolizei bei der Überwachung von kirchlichen Amtsträgern – bei allen Pastoren, Vikaren und Pfarrern – auch in der wissenschaftlichen Forschung übersehen. Dabei führte die Abteilung S eines jeden Volkspolizeikreisamtes nicht nur Buch, sondern nutzte exekutive wie auch operative Möglichkeiten.

So auch bei Oskar Brüsewitz. Der meldete sich für Droßdorf/Rippicha polizeilich am 13. April 1969 an. Sechs Wochen später wurde polizeilich seine Handakte vom Volkspolizeikreisamt in Erfurt angefordert,<sup>823</sup> die existierte, ohne dass er straffällig geworden oder in den Verdacht einer Straftat gelangt wäre.

Das Delikt war schlicht: Er war Student des Predigerseminars in Erfurt geworden. Dort war nichts weiter über ihn bekannt geworden, denn es hieß: „Die Studenten werden bewußt vom öffentlichen Leben ferngehalten.“ Über sein Praktikum in Spören lag, wie es im Antwortschreiben der Erfurter Volkspolizei heißt, eine Einschätzung vor, die zwar überlassen wurde, jedoch im Zuge dieser Recherche nicht im Archiv aufgefunden worden ist. Er sei polizeilich nicht in Erscheinung getreten, wenn davon abgesehen wird, dass er am 2. Juli 1967 nicht bei der 5. Volkskammerwahl gewählt hat.<sup>824</sup> In der DDR war polizeilich wie geheimpolizeilich die verweigerte Teilnahme an der Wahl ein Indikator für „staatsfeindliche Einstellungen“.<sup>825</sup>

Das stellte sich 1970 polizeilich im Kreis Zeitz so dar: Es gab im Kreis 31 Pfarrer und Pastoren. Aufschluss über deren politische Einstellung zur DDR könnte aus der Teilnahme an den Kommunalwahlen am 17. Mai 1970 geschlossen werden. In der DDR wurden Personen, die nicht an der Wahl teilnahmen, registriert. So auch in Zeitz, wo beinahe die Hälfte, nämlich 13 Pfarrer, nicht wählen war, wobei an erster Stelle der entsprechenden Aufstellung Oskar Brüsewitz genannt wurde. Im Weiteren wurden verzeichnet: Pfarrer Bauscher in Zeitz, der katholische Vikar in Zeitz, der evangelische Pfarrer in Theißen, Klaus-Detlev Beck (1945- 2025), der katholische Pfarrvikar in Tröglitz, Albert Keisewitt (1921- 2006), der evangelische Pfarrer in Zeitz, Christian Köstlin (\*1935), die evangelische

Pastorin in Zeitz, Maria Krien (1931–2017), Dr. Gerhard Nachtwei (1944–2023), der evangelische Pfarrer an der Kirche St. Nikolai, Otto Pappe (1931–1993), der katholische Priester aus Tröglitz, Max Pritze (1928–2006), der katholische Seelsorger und Pfarrer in Zeitz, Paul Schelenz (1931–2006), Pfarrerin Waltraud Stief (\*1940) aus Profen, Pfarrer Eberhard Strangfeld (\*1933) aus Zeitz, und der katholische Priester aus Zeitz, Joachim Weber.<sup>826</sup> Mithin wirkt es nachvollziehbar, warum Brüsewitz sich dort gut aufgehoben fühlte.

Die erste bislang aufgefundene polizeiliche Überlieferung aus der Beobachtungspraxis datiert auf den 15. Januar 1970, als Brüsewitz (dort „Biersewitz“ genannt) in Lonzig, einem Ortsteil der Gemeinde Schellbach mit ein paar hundert Einwohnern begann, systematisch Hausbesuche vorzunehmen, um im Ort das Kirchenleben zu aktivieren. Dort ließ er von den Einwohnern Plakate an ihren Häusern aufhängen; darunter brachte sogar ein VP-Angehöriger namens Willi Berret ein solches an. Mangels einer Kirche mietete er einen Raum einer ehemaligen Gaststätte und führte ab dem 12. Januar täglich Veranstaltungen mit Musik durch, zu denen bis zu fünfzig Personen – darunter viele Kinder – erschienen. Auf dem Grammschen Gute brachte er ein elektrisch leuchtendes Kreuz an, das zunächst nicht funktionierte, weshalb er auf das Haus eines Nachbarn auswich und es dort angebracht wurde. Am Wochenende stellte er die Versteigerung von Kleintieren in Aussicht. Der Vorgang wurde von Bürgermeister Seyferth in den Gemeinderat eingebracht, dessen Mitglieder Brüsewitz unmittelbar aufsuchten und ihm diese Veranstaltungen untersagten. Dieser erklärte jedoch zutreffenderweise, die Genehmigung des ABV aus Droßdorf erhalten zu haben.

Im Polizeibericht wurde vermerkt: „Unter den Jugendlichen soll es solche Diskussionen geben, daß es die Gemeinde in 20 Jahren nicht fertig gebracht hat, was der Pfarrer in 8 Tagen auf die Beine stellen kann“ (Dokument 18).<sup>827</sup>

Offenbar war das VPKA in Zeitz alarmiert und fertigte binnen vierzehn Tagen eine achtseitige Einschätzung an. Bis zum Auftauchen von Brüsewitz kamen sonntags bestenfalls zehn „alte Frauen“ zum Gottesdienst. Die bisherigen Pfarrer „zeigten ein arrogantes Auftreten, blickten die werktätige Bevölkerung nur von oben herab an und ließen sich mit einfachen Werktätigen in persönliche Gespräche nicht ein.“ Es gab bereits Erwägungen, die kirchlichen Gebäude in Rippicha aufzugeben.

Brüsewitz habe den Volkspolizisten erklärt, dass er „nicht so wie seine Vorgänger zu arbeiten“ habe, sondern die „Christen an der Christenlehre zu be-

geistern“ habe. Er trete, wie polizeilich festgestellt wurde, „in der Öffentlichkeit wie der einfache Arbeiter auf. Er spricht alle Menschen, ob Kind, Jugendlicher oder Erwachsener an. In seinen [nach eigenen Angaben über 200] Aussprachen macht er keinen Unterschied sozialer Herkunft und Einstellung“. Er spielte mit den Kindern Fußball, machte Kinderspiele, Eltern- und Familienbesuche, wodurch er hohe Zahlen bei den Kirchgängern erzielte. An Heiligabend waren rund 200 Besucher in der Kirche. Auf diese Weise gelang es, selbst Kinder von Genossen – die wie am 11. Januar 1970 zur Jungen Gemeinde oder Christenlehre stießen – zur Konfirmation zu bringen (Dokument 19).<sup>828</sup>

Es mutet beinahe an wie die italienisch-französische Filmkomödie „Don Camillo und Peppone“ aus dem Jahre 1952, wenn es in dem Polizeibericht heißt, Brüsewitz habe exemplarisch von einem Gespräch mit dem SED-Genossen Gerhard Steuernagel erzählt: „Als er bei ihm in die Wohnung gekommen sei und sich vorgestellt habe, habe er ihn gefragt, warum er als Mitglied der SED in Droßdorf keine Parteiversammlungen besuche. Er habe ihn gefragt, ‚ob er ein Schweinehund ist oder ob er ein guter Mensch ist‘. Nach dieser Fragestellung habe ihm Herr Steuernagel sofort der Wohnung verwiesen. Der Pfarrer habe erklärt, dass er sofort eingesehen habe, einen Fehler gemacht zu haben, und habe sich angeblich sofort bei Steuernagel entschuldigt.

Im weiteren Gespräch mit Steuernagel sei er auf die Form des Gesprächs eingegangen, wonach doch ein Marxist vor einem Theologen keine Angst haben brauche, aber jeder ehrliche Mensch, ob Christ oder Marxist, doch seine Meinung offen vertreten könne. Am Schluss des gemeinsamen Gesprächs mit Steuernagel habe er ihn gefragt, was aus dem gemeinsamen Gespräch doch noch herausgekommen sei. Steuernagel habe ihm erklärt, wenn in Droßdorf die nächste Parteiversammlung stattfinde, nehme er unbedingt an der Parteiversammlung teil. Hierauf erwiderte der Pfarrer, dass doch das gemeinsame Gespräch von Erfolg gewesen sei, wenn ein Parteigenosse wieder seine Parteiversammlung besucht.“<sup>829</sup>

Bezüglich der Aktivitäten – zu denen bislang kein gesonderter Bericht aufgefunden worden ist – wurde bereits Anfang Oktober 1969 ein großes Kreuz mit Neonlampen am Kirchturm in Rippicha angebracht.<sup>830</sup> Der ABV versuchte mit dem Argument des Energiesparens das weitere Leuchten des Kreuzes zu vereiteln, woraufhin Brüsewitz erklärt haben soll, „daß er ab sofort in seiner Wohnung alle elektrischen Lampen und Geräte ausschalten wird, sich besonders in der Zeit der Spitzenbelastung bei Kerzenlicht in der Wohnung auf-

halten wird und somit eine tägliche Stromeinsparung von ca. 100 Watt aufbringen will.“ Falls das nicht zureiche, werde er das auch bei anderen Christen einfordern, um den Betrieb des Kreuzes sicherzustellen.<sup>831</sup>

Der erwähnte Vorgang in Lonzig führte auch zu einer Sitzung bei der Abteilung Inneres beim Rat des Kreises Zeitz, an der auch Vertreter der Kirchenleitung teilnehmen mussten. Brüsewitz bat den ABV von Droßdorf, der die Veranstaltung genehmigt hatte, an dieser Sitzung teilzunehmen. Den Bürgermeister Seyferth, der dies zu unterbinden suchte, bezeichnete Brüsewitz als einen Stalinisten und Diktator und bedauerte, „daß es in einem demokratischen Staat, wo Blockparteien und auch Christen zugelassen sind, dergleichen noch möglich sein würde“.<sup>832</sup>

Spätestens ab Mai 1970 fanden zwischen der MfS-Kreisdienststelle Zeitz – vertreten durch den operativen Mitarbeiter Vogel –, der Volkspolizei durch den Abschnittsbevollmächtigten Unterleutnant Postler sowie freiwilligen Helfern der Polizei und der SED-Kreisleitung Zeitz koordinierte Beobachtungen von Oskar Brüsewitz statt. Die Einbeziehung und auch stete Unterrichtung des MfS ist bis August 1976 vielfach belegt, wie auch der Einsatz von inoffiziellen Mitarbeitern zu Oskar Brüsewitz. Es ist daher abwegig, dass sich die Kreisdienststelle erstmals ab dem 18. August 1976 mit ihm befasst haben will und bis dahin auch keine Kenntnisse dort vorgelegen haben sollen, wie sich der Leiter der MfS-Bezirksverwaltung, Heinz Schmidt, erinnerte.

Konkreter Anlass der Beobachtungen war eine bemerkenswerte, ganztägige, von Oskar Brüsewitz organisierte Veranstaltung am 24. Mai 1970 auf dem Kirchengelände in Rippicha, an der 140 Jugendliche teilnahmen. Nach dem Gottesdienst, bei dem 80 Jugendliche am Abendmahl teilgenommen hatten, gab es ein Konzert; zudem wurde Speiseeis – wie gesondert von Brüsewitz geprüft worden war – durch Anwesende, die über einen Gesundheitsausweis verfügten, ausgegeben.

Nach der Mittagspause, bei der für die über 200 Gäste die 400 Bockwürste nicht ausgereicht hatten und für die zudem Frauen aus neun Gemeinden bald 40 Kuchen gebacken hatten, wurden sechs Gruppen gebildet, die jeweils von einem Pfarrer angeleitet wurden, darunter Otto Pappe. Diese diskutierten Fragen wie, ob Liebe verboten sei, Liebe Sünde sei, oder was Eltern gegen Liebe haben könnten.

Anschließend gab es ein Fußballspiel, wobei eine Mannschaft aus „alten Herren bis 85 Jahre“, meist Pfarrern, bestand, „welche barfuß und die Hosenbeine hoch gemacht“ hatten, darunter Brüsewitz selbst.

Unter den Jugendlichen waren welche von der Erweiterten Oberschule, wobei diese durch „besondere Schulleistungen“ aufgefallen und für eine besondere Entwicklung vorgesehen waren, wie die Staatsorgane bedauernd feststellten.

Der 1. Preis der Verlosung war ein Kaninchen, der 2. ein Bier und der 3. ein Hahn.<sup>833</sup> Dass Brüsewitz sich der staatlichen Beobachtung bewusst gewesen sein wird, erschließt sich aus einer Polizeiinformation: „Während der gesamten Veranstaltung fuhren einige Mopedfahrer und ein PKW-Trabant-Fahrer ständig um die Ortschaft Rippicha. Sie hatten die Aufgabe von Brüsewitz erhalten, zu sehen, wer von der Partei, der SED oder anderen Organisationen auf Beobachtungsposten liegt.“<sup>834</sup>

Noch vor seiner Ordinierung hatte es Brüsewitz also geschafft, dass fortan die nicht nur die Kreis- sondern sogar die Bezirksverwaltung über seine Aktivitäten in dem nur ein paar Hundert zählenden Kirchensprengel informiert wurde.<sup>835</sup>

## **Evangelistischer Geist (1970–1973)**

Das überdurchschnittliche Engagement von Oskar Brüsewitz war offenkundig nicht allein darauf bezogen, sich wegen des Ordinariats zu exponieren. Es war seine Mission, und die hielt weithin an, was exemplarisch zu skizzieren ist. Sie beschreibt den normalen grauen Alltag christlichen Engagements, der nicht immer spektakulär ausfallen musste. Mithin wird diese beinahe pausenlos wirkende, phantasievolle Aktivität wesentlich für das sein, was dann auch seine Erschöpfungszustände zur Folge hatte.

Die Polizeiakten zeigen das deutlich. Im September 1970 brachte er auf dem Kirchengelände Aushangtafeln an, die für „Christus, die Hoffnung der Welt“ und für das Kirchweihfest am 4. Oktober 1970 warben – wieder mit Spiel, Tanz und Musik, Kaffee und Kuchen im Freien.<sup>836</sup>

Daran nahmen 150 Personen teil, ein Drittel darunter Jugendliche, und 80 waren beim Gottesdienst dabei. Das war mitgetragen von Kirchenratsmitgliedern aus Droßdorf, Schellbach und Ossig sowie vom Kreiskirchenrat aus Zeitz, deren Mitglieder dabei waren.<sup>837</sup>

Es wundert daher nicht, dass das Volkspolizei-Kreisamt ihn am Jahresende 1970 so einschätzte: Brüsewitz „versucht ständig mit großer Effektivität seine religiöse Weltanschauung bei den Bürgern zu vertreten. Durch Hausbesuche bei den Bürgern setzt er sich für seine Kirche ein und versucht die Bürger für die Kirche zu gewinnen.“

Am 6. Dezember 1970 ließ er in Zetzschdorf und Röden ein Tonband vor den Wohngebäuden mit Weihnachtsliedern abspielen, doch an der gleichentags durchgeführten Adventsfeier mit Kaffee und Kuchen waren nur 16 Ältere erschienen. Zugleich verkaufte er genehmigterweise Weihnachtsbäume, ließ die kirchliche Obstwiese roden, begann Ackerwirtschaft und legte sich Schweine zu.<sup>838</sup>

Am 28. August 1971 fand auf dem Kirchengrundstück in Rippicha der Kinder- tag statt, wozu sich 250 Kinder einfanden. Die Veranstaltung wurde staatlicherseits überwacht, es wurde der Gottesdienst ebenso registriert wie das Bockwurstessen, der Arbeitskreis, die Spiele, bei denen 15 Kaninchen gewonnen werden konnten und der Abschlussgottesdienst.

Abermals schickte Brüsewitz Kinder mit Fahrrädern los, so der Bericht, um zu ermitteln, „ob Beobachter unserer staatlichen Organe anwesend sind.“ Im Vorfeld hatte er diese Veranstaltung bei Fritz Hauschild von der Abteilung Inneres des Rates des Kreises angemeldet, doch dessen Aufforderung, sie auch bei der Volkspolizei anzumelden, hat er abgelehnt.<sup>839</sup> Gleichwohl wurde er am 8. September 1971 vorgeladen, da er die Veranstaltung nicht polizeilich angemeldet hatte. Brüsewitz wies das zurück, da kircheneigenes Land genutzt worden war und die Kirchenleitung polizeiliche Anmeldungen untersagen würde; doch hatte er insgeheim mit einer Auflösung der kirchlichen Veranstaltung durch die Volkspolizei gerechnet. Er habe sich „geschworen, die ev. Glaubensrichtung mit allen Mitteln in Rippicha durchzusetzen. Wenn es sein muß, auch in Verbindung mit der Nationalen Front und dem Rat der Gemeinde in Rippicha. Er sei kein Spalter zwischen Kirche und Staat, sondern sieht nur die Frage des Schenkens – so die Kaninchen an die Kinder.“ Brüsewitz wurden im Wiederholungsfall „härtere Maßnahmen“ angekündigt, wozu er äußerte: „Da muss ich mir was anderes einfallen lassen.“<sup>840</sup>

Brüsewitz weitete seine Aktivitäten über seinen Sprengel hinaus aus. So führte er am 16. Februar 1972 eine Bibelwoche in der Kirche in Draschwitz durch, bei der mehrere Pfarrer mitwirkten. Es kamen 65 Teilnehmer.

Die Hilfskatechetin Schmidt soll geäußert haben: „Der Pfarrer von Rippicha müsste in unserer Kirche Pfarrer sein, er versteht es, die Menschen auf die Beine zu bringen.“ Drei Tage später fand ein Kinder- und Jugendtreffen statt. Die Polizei intervenierte nicht, sie observierte das.

Es blieb bei den bisherigen Werbemethoden: Vom Kirchturm aus ließ er ein Tonband mit Beatmusik und Liedern von Heintje abspielen. Der zuständige Pfarrer Fritz Gentzsch war dabei und verteidigte das Engagement, als der Vorsitzende der Sportgemeinschaft die Pioniere des Fanfarenzuges wegschicken wollte, die dort aufgetreten waren.<sup>841</sup>

In dieser Zeit hielt die Auseinandersetzungen um das mit Neonröhren versehene Kreuz in Rippicha auf dem Kirchturm an. Ein Höhepunkt war dabei der 1. April 1972, als es zu Auseinandersetzungen zwischen dem amtierenden Superintendenten Manfred Arend und dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Kreises, Hauschild, gekommen war. Zunächst versuchte Brüsewitz Hauschild in seiner Dienststelle zu erreichen. Als das nicht gelang, suchte er ihn zu Hause auf und äußerte, seitdem er, Hauschild, diese Funktion wahrnehme, sei eine „härterer Kurs u[nd] eine Verhärtung des Verhältnisses zwischen Staat u[nd] Kirche in unserem Kreis eingetreten. [...] Er bat mich, meine Arbeit zu ändern u[nd] eine legerere Haltung zur Kirche einzunehmen. Ich legte ihm dar“, vermerkte Hauschild weiter, „dass nicht meine Arbeit zur Verschärfung des Verhältnisses zwischen staatlichen Organen und Kirche beitragen, sondern ihre Handlungsweisen.“

Brüsewitz widersprach, wonach „die Gesetze auf einen Pfarrer nicht die Anwendung finden könnten, wie bei einem anderen Bürger der DDR.“ Und weiter sagte er, „dass sie testen wie weit sie gehen könnten u[nd] er hat sich dem Glauben so verschrieben, dass es ihm auch nichts ausmacht, ins Gefängnis zu gehen. Ich“, also Hauschild, „erwiderte ihm, dass ihre Arbeit nichts mehr mit Glaubensverkündung zu tun hat, sondern einzig u[nd] allein darauf gerichtet ist, gegen unseren Staat zu arbeiten.“<sup>842</sup> Die Position des Staates war somit klar. Die Frage war nur, wie lange der Kirchenkreis die schützende Hand über Brüsewitz halten würde.

Brüsewitz vertraute auf seinen Rückhalt in der Gemeinde, bei den Pfarrern und auch im Konsistorium. Sein ihm eher wohl gesonnener Superintendent Bauer legte ihm bereits im September 1970 nahe, sich auf eine andere Pfarrstelle zu bewerben. Der Grund: „Sie werden die Hasardeure nicht überstehen.“ Wegen Brüsewitz gebe es „erhebliche Schwierigkeiten“ beim zuständigen Ver-

treter des Referates für Kirchenfragen beim Rat des Kreises; auch der Bürgermeister in Ossig war mit Brüsewitz nicht einverstanden. Brüsewitz sandte zwar eine Beschwerde darüber an das Konsistorium, doch tatsächlich wünschte er, in Rippicha zu verbleiben.<sup>843</sup> Mithin beließ das Konsistorium der Kirchenprovinz Sachsen Oskar Brüsewitz im vollen Bewusstsein der konkreten Situation vor Ort.

## **Der Staat geht gegen die kirchliche Arbeit in die Offensive (1973)**

Der Rat des Kreises Zeitz war unterdessen nicht weiter gewillt, tatenlos der Entwicklung in den beiden Kirchen zuzusehen. Der Stellvertreter für Inneres des Rates, Fritz Hauschild, legte eine ausführliche Einschätzung über die kirchenpolitische Situation vor und brachte damit frischen Wind ins Spiel bzw. veranlasste das gezielte Einsetzen und Verstärken der Repressionswerkzeuge. Er plante „die langfristige Arbeit“, die freilich mit der SED zuvor abgestimmt war. Darin identifizierte er die problematischen Pfarrer im Kreis.

Zu Oskar Brüsewitz hielt er fest: „versucht mit allen Mitteln, den Einfluß der Kirche zu erhöhen. Er ignoriert grundsätzlich die sozialistische Gesetzmäßigkeit“.<sup>844</sup> Dem voraus ging eine parteiinterne Einschätzung der SED-Kreisleitung, in der insbesondere auf die Veranstaltungsverordnungen abgestellt wurde, die von „den meisten jüngeren Pfarrern nicht akzeptiert“ würden, da diese sie in ihrer seelsorgerischen Arbeit „behinderten“. Konkret betraf das vier Pfarrer: Dieter Ziehbarth (geb. 1940), Brüsewitz, Michael Sehmsorf und Dietmar Meckel (1945–2016).

Bei Brüsewitz störten die „Durchführung ökumenischer Jugendtreffen, Kirchweihfeste, Sportvergleichskämpfe, Tombolas usw.“<sup>845</sup> In der Summe zeigten sich nach Feststellungen der SED im Kreis Zeitz Probleme, die Oskar Brüsewitz in den Mittelpunkt seiner Plakate bei der Selbstverbrennung gestellt hat, womit er nicht eine Einzelauffassung, sondern den Konsens der Mehrheit der Pfarrer artikulierte:

„Sinngemäß wird dabei von Vertretern beider Kirchen argumentiert, daß der Begriff ‚Freiheit‘ in unserem Staat eingeschränkt würde und die Freiheit für religiöse Betätigung darunter leidet. Es würden zu viele Faktoren zum Nachteil der kirchlichen Freiheit auf die Jugendlichen einwirken. Konkret wurde

vom kath[olischen] Vikar [Gerhard] Nachtwei [(1944–2023)<sup>846</sup>] von der Pfarrgemeinde St. Peter und Paul in Zeitz] in einer Aussprache geäußert: „Ich kann nie damit einverstanden sein, daß ein Jugendlicher um seine Freiheit mit dem Gewehr kämpft.“

Ihr Nichteinverständnis mit der staatlichen Jugendpolitik kommt u. a. darin zum Ausdruck, dass sie die Behauptung vertreten, dass Kinder von Pfarrern und von aktiv gebundenen Gläubigen in ihrem Entwicklungsweg gehemmt werden, was sich konkret darin ausdrücken soll, dass sie keine Delegation für den Besuch der Erweiterten Oberschule erhalten und demzufolge in ihrer beruflichen Entwicklungsmöglichkeit eingeschränkt werden.

Sichtbar drücken sich ihre Bestrebungen, die Jugend von der bewußten Mitgestaltung der sozialistischen Gesellschaftsordnung abzuhalten, in den von ihnen zahlreich organisierten und durchgeführten Veranstaltungen aus. Sie sind hierbei bestrebt, unter Einsatz von Mitteln, die die Kompetenzen ihrer kirchlichen Tätigkeit und Befugnisse weitestgehend überschreiten, Jugendliche zu binden und zu gewinnen.<sup>847</sup>

Damit zeichnete die SED selbst ihre Konfliktlinien mit den Pfarrern im Kreis Zeitz ab. Der archivisch überlieferte Entwurf dieser Einschätzung ist mit handschriftlichen Korrekturen versehen und enthält offenbar die Quintessenz der Diskussion im Sekretariat der SED in zwei Punkten: Es sollte zum einen ermittelt werden, welche Kinder von Pfarrern die Erweiterte Oberschule besucht haben, zum anderen hieß es: „Lösung Brüsewitz“.<sup>848</sup>

Damit war klar: Allen anderen voran hatte die Partei und ihr Vertreter in der Abteilung Inneres, Fritz Hauschild, Brüsewitz Visier. Das war jedoch in ein größeres Programm eingebettet. Der Sekretär für Agitation und Propaganda, Erich Beyer, hatte gemeinsam mit der Vorsitzenden des Rates des Kreises Zeitz, Erna Standhardt, im August 1973 eine Schulungswelle durchzuführen, um die Beschlüsse durchzusetzen. Dazu wurden „Schwerpunktgemeinden“ identifiziert, namentlich Droßdorf, Kayna und Kretzschau, also auch das Revier von Brüsewitz.

Die Partei sollte sich fortan zur Aufgabe machen, „besonders zu analysieren, welche Bürger, Jugendliche und Schüler ein enges Verhältnis zur Kirche haben. Es ist eine Übersicht zu schaffen über die Zusammensetzung des Gemeindekirchenrates und wie die Einstellung der Mitglieder zu unserem sozialistischen Staat ist. Welche Aktivitäten entwickeln die Volksvertreter im Zusammenwirken mit den Mitgliedern der Ausschüsse der Nationalen Front, der Massen-

organisationen unter der Führung der Partei“. In jedem der drei Orte sollten Arbeitsgruppen gebildet werden. In Droßdorf sollten die 13-köpfige Arbeitsgruppe unter dem Sekretariatsmitglied Horst Rose agieren, in Kretzschau unter dem Vorsitz des Sekretariatsmitgliedes Karl Gollner 16 Arbeitsgruppenmitglieder, in Kayna wollte die Vorsitzende des Rates des Kreises und gleichfalls Sekretariatsmitglied Erna Standhardt unterstützt von Fritz Hauschild und 14 weiteren Mitgliedern wirken.

In einem Satz: Die Partei mobilisierte bald ein halbes Hundert Funktionäre nahezu aller Organisationen, um den Kampf gegen engagierte Pfarrer, vor allem Brüsewitz, zu ihren Gunsten zu führen.<sup>849</sup> Man wollte politisch, sportlich und kulturell dem Einfluss der Kirchen etwas entgegensetzen: „Alle Maßnahmen müssen dazu führen, daß sich im Kreis ein interessantes Jugendleben entwickelt.“

Dieses Parteiprogramm belegt ein offenkundig erfolgreiches kirchliches Engagement. Die bereits existierende Arbeitsgruppe „Christliche Kreise“ innerhalb der Nationalen Front war personell so zu ändern, um „Überzeugungsarbeit bei der christlichen Bevölkerung zu leisten“.<sup>850</sup>

Und freilich kamen den „Sicherheitsorganen“, also Volkspolizei und Staatssicherheit, gleichfalls Aufgaben zu: „Durch den Stellvertreter für Inneres ist in Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen bis zum 30.9.1973 eine gründliche Analyse der bei uns im Kreis tätigen Pfarrer und der Gemeindegemeinderäte zu erarbeiten. Dabei ist einzuschätzen, wer sind die positiven Kräfte, mit denen der Differenzierungsprozeß gestaltet werden kann. Diese sind zu befähigen, offen ihre Zustimmung zu unserer Politik zu bekunden und die Auseinandersetzung mit negativen Pfarrern zu führen. Zur Arbeit mit den Pfarrern ist das Betreuungssystem weiter zu gestalten.“<sup>851</sup>

Damit dürfte klar sein: Auch das MfS hatte sich mit Oskar Brüsewitz zu befassen. Aus den Unterlagen des Volkspolizei-Kreisamtes wird bereits ersichtlich, dass bei der Kreisdienststelle laufend Informationen zu ihm eingegangen waren. Belegt ist gleichfalls, dass einzelne inoffizielle Mitarbeiter des MfS wie „Willy Koch“ und „Romeo“ angehalten waren, über ihn auftragsweise zu berichten.

Überdies ist belegt, dass gegen einzelne „negative“ Pfarrer Operativpläne von der Kreisdienststelle entwickelt und auch Aktivitäten mit dem Ziel entfaltet wurden, kirchliche Kreise dahin zu bringen, deren Versetzung vorzunehmen. Bereits im II. Kapitel wurde das zureichend belegt: „Es konnte inoffiziell er-

arbeitet werden“, hielt die MfS-Kreisdienststelle Zeitz zu einem Zeitzer Pfarrer fest, dass er „aufgrund dieser Ereignisse den Kreis Zeitz bis zum Winter verlassen wird.“

An anderer Stelle heißt es in einem Bericht der Kreisdienststelle: „Durch geeignete Zersetzungsmaßnahmen blieb nur noch Pfarrer (geschwärzt) übrig, doch ist seine Versetzung ebenfalls schon ausgesprochen.“<sup>852</sup> Es handelte sich um Dietmar Meckel, der am 15. Mai 1977 in der St.-Andreas Kirche in Thale ordiniert wurde und in den Tagen mit Brüsewitz noch von einem „christlichen Sozialismus“ schwärmte.<sup>853</sup>

Es wird die Annahme nicht sonderlich kühn sein, solcherart Pläne für alle „negativen“ Pfarrer anzunehmen, folglich auch für Oskar Brüsewitz. Nur: Sein Aktenvorgang wurde offiziell erst am 18. August 1976, am Tag seines Fanals, angelegt. Das wird eine Schutzbehauptung sein, denn der Leiter der MfS-Kreisdienststelle Zeitz, Oberstleutnant Heinz Held, vermerkte in einem Sachstandsbericht selbst: „Spätestens seit September 1972 [...] beteiligt sich [Pfarrer Dieter Ziebarth] im Zusammenhang mit [Dietmar] Meckel und Brüsewitz an bestimmten Aktionen, die sich eindeutig gegen die Maßnahmen unseres Staatsapparates richten (z. B. ‚Schutz‘ der Kirche bzw. kircheneigener Sichttagitation in Rippicha durch Aufstellen von ‚Wachen‘ im Zusammenhang [mit] Brüsewitz, Meckel, [Erich] Schweidler und 5 weiteren Pfarrern.“<sup>854</sup>

Merkwürdig ist auch, dass der letzte Leiter der MfS-Bezirksverwaltung Halle, Heinz Schmidt, analog darauf verwies, dass es in Zeitz zu jenem Zeitpunkt keine Akte gegeben habe. Er erinnert: „Es sei aber auf der Kreisdienststelle kein Material vorhanden, weil die Kreisparteileitung und die zuständige Staatsanwaltschaft keinen Wert auf eine Strafverfolgung legen, denn dieser Pfarrer sei nicht mit normalen Maßstäben zu messen“<sup>855</sup>.

Es wird nennenswerte Gründe geben, warum die vor seiner Selbstverbrennung nachweislich vorhandenen Unterlagen der MfS-Kreisdienststelle zur Oskar Brüsewitz später nicht mehr vorhanden waren.

Es ist tragisch für Oskar Brüsewitz, dass der Vorsitzende des Kirchenkreises, Bauer, 1973 versetzt wurde und die kritischen Pfarrer verließ – er war ein Mann, mit dem sich der Staat schwer getan hat.

Das war bei Joachim Hildebrandt (1931–2017), dem langjährigen Nachfolger von Bauer; anders.<sup>856</sup> Mit ihm bereitete die Kirchenprovinz Sachsen der örtlichen antichristlichen Offensive des Staates ein Geschenk: Er war von der ersten Minute an aus Sicht des Staates ein „loyaler“ Weggefährte.

Das Verhältnis von Staat und Kirche fand in Fritz Hauschild und Joachim Hildebrandt eine günstige Konstellation, die Brüsewitz derart zusetzte, dass er in seinen letzten Worten seines Abschiedsbriefs den Namen des Superintendenten Hildebrandt anführte, was von der Kirchenleitung lange verschwiegen wurde. Man hatte keine Probleme mit ihm, denn er war auch noch in Zeiten der Demokratie bis 1994 Superintendent des Kirchenkreises. Hildebrandt hat Brüsewitz, der von Anbeginn bis zuletzt nahezu gleichförmig ein engagierter Pfarrer war, im Leben die Hölle bereitet.

## Versetzung

Brüsewitz misstraute ihm vom ersten Tag an. Am 1. September 1974 hielt der neue Superintendent Joachim Hildebrandt in St. Michaelis in Zeitz seine Einführungspredigt. Dieser hatte bereits als 26-jähriger seine kirchliche Laufbahn direkt nach der Ordination 1957 mit einer Hilfsdiensttätigkeit an der St.-Petri-Kirche in Thale begonnen. In den Jahren 1958/1959 wurde er offiziell in die zweite Pfarrstelle von Thale (St. Petri II) eingeführt. Ab 1959 übernahm er die Verwaltung einer neu errichteten Pfarrstelle in der Süderstadt von Quedlinburg. Aus dieser Arbeit ging die eigenständige Kirchengemeinde St. Johannis hervor, die er über die folgenden 15 Jahre maßgeblich prägte und in der er eine sehr aktive kirchliche Jugend- und Bandarbeit aufbaute. Danach trat er seine Stelle in Zeitz an der St.-Michaelis- und Klosterkirche an.<sup>857</sup>

Hildebrandt vollzog mit seiner Antrittspredigt einen radikalen Bruch mit der Politik seines Vorgängers. Zur Illustration nahm er auf Enrico Berlinguer (1922–1984) Bezug, der sich vom 3. bis 7. Dezember 1973 zu einem mehrtägigen, offiziellen Staatsbesuch in Ost-Berlin aufgehalten hatte. Berlinguer war Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens und hatte sich als Eurokommunist profiliert – eine westeuropäische Strömung, die in der DDR bei der SED Unbehagen auslöste. Er meinte, Marxisten könnten den Sozialismus in Westeuropa nicht allein gegen den Willen der christlichen bzw. katholischen Bevölkerung aufbauen, sondern müssten zwingend mit ihnen zusammenarbeiten.<sup>858</sup>

Diesen Gedanken nahm Hildebrandt auf und formulierte ihn so: „Christen und Marxisten sollten von ihren gemeinsamen Zielpunkten her aufeinander zugehen und die Probleme dieser Welt gemeinsam anpacken. Das ist auch mir ein

Anliegen, dass wir hier zu den Räten der Kreise, der Städte und Gemeinden ein sachlich gutes Verhältnis zueinander pflegen zum Wohle der Menschen, dass wir uns gegenseitig verstehen und suchen und achten bei allem, was uns weltanschaulich unterscheidet. Der heutige Weltfriedenstag erinnert uns daran, dass wir in unserer kleingewordenen Welt nur noch in einem konstruktiven Miteinander existieren können. – Konstruktiv – das heißt aufbauend, und nicht destruktiv – zerstörend. Das Evangelium ist seinem Wesen nach konstruktiv. Es richtet uns, die wir angesichts unserer Menschlichkeit, d. h. unserer Schuld und Sünde, immer wieder verzagen und am Boden liegen, immer wieder auf, wirklich immer wieder. Das Gleichnis vom verlorenen Sohn deutet diese Weite an.“<sup>859</sup>

Hildebrandt erinnert sich an Brüsewitz' Reaktion auf seine Ode auf die Appeasement-Politik bei seiner Einführungspredigt am 31. Oktober 1975 so: Dieser sah „buchstäblich rot. Mein Verhältnis zum Rat des Kreises stellte sich – man muss schon sagen, in seinem Wahn – als freundschaftlich dar. [...] Ich bemühte mich allerdings, meine Gesprächspartner zu verstehen und ernst zu nehmen. Insofern war das Klima bei aller Härte gut. Das Klima im Verhältnis Kirche – Staat war im Bereich Zeitz ganz schlecht. Das war wirklich kalter Krieg in ganz billiger Art. Umso dankbarer war ich, dass wir hier und dort wirklich Lichtblicke verzeichnen konnten. [...] Aus der Perspektive von Br[uder] Brüsewitz sah das natürlich so aus, als fiel ihm da einer in den Rücken. Eine Welt brach für ihn zusammen. Und über dieser Welt stand: Hier Freund, da Feind. Ich verstehe das. Er war angetreten, die Front zu stürmen, den Atheismus zu besiegen, wie er immer offen proklamierte.“<sup>860</sup>

Brüsewitz stand innerhalb der Pfarrerschaft des Kreises Zeitz keinesfalls isoliert da. Dies ergibt sich aus einer Analyse vom 6. Juni 1975, die Fritz Hauschild als Stellvertreter des Leiters der Abteilung für Inneres des Rates des Kreises Zeitz zu den 31 Pastoren und Pfarrern im Kreis vorgenommen hatte. Die Bilanz war für den Staat ernüchternd: Der Anteil der „negativen“ Pfarrer war im Vergleich zu 1970 von 13 auf 18 angestiegen (was nun knapp 58 Prozent entsprach), wobei noch zusätzlich fünf „schwankende“ Pfarrer hinzukamen, sodass sich mit diesen ein Gesamtanteil von insgesamt 74 Prozent „negativen“ Pfarrern ergab. Das stellte statistisch eine deutliche Verschlechterung des Verhältnisses von Kirche zu Staat dar. Die Liste führte Oskar Brüsewitz (Droßdorf) an, dem folgten Gottfried Sehmsdorf (1943–2011, Droyßig)<sup>861</sup>, Maria Krien (1931–2017, Zeitz), Otto Pappe (1931–1993, Zeitz), danach Joachim Sander (1934–2020,

Haynsburg), Eberhard Sehmsdorf (Döschwitz), Christoph Stief (1928–2018, Profen), Waltraud Stieg (Profen), Dietrich Vogel (1934–1999, Langendorf und Falkenhain) und Dieter Ziebarth (geb. 1940, Zeitz).<sup>862</sup> Katholischerseits waren dies Paul Schelenz (1931–2006, Zeitz), Manfred Klaubert (Zeitz), Hans Mittenentzwei (1935–2021, Droyßig), Heinz Moravez (1928–2023, Zeitz),<sup>863</sup> Wolfgang Simon (1933–2000, Theißen)<sup>864</sup>, Paul Teipel (1929–2012, Osterfeld) und Walter Lüttke-Wüstemann (1910–1989, Tröglitz).<sup>865</sup>

Auf dieser Liste zählte der Vorsitzende des Kirchenkreises, Joachim Hildebrandt, zu den wenigen Pfarrern, die aus Sicht der SED positiv bzw. loyal gegenüber dem Staat eingestellt waren.<sup>866</sup> Mit dem Auftreten von Hildebrandt verfügte das Kirchenreferat des Rates des Kreises über einen kirchlichen Gesprächspartner, der nach gemeinsamen Lösungen strebte. Das Verhältnis von Hildebrandt und Brüsewitz war jedoch von Anbeginn gestört.

Die bisherige Rezeption des Wirkens von Brüsewitz, wie sie im II. Kapitel („Das Motiv – eine Spurensuche“) dargelegt ist, wurde wesentlich auf seine Perspektive und anhand von Akten des MfS gestützt. Nunmehr lässt sich deutlicher als je zuvor die Perspektive des Konsistoriums nachzeichnen.

Ein unmittelbares Eingreifen von Staat und Kirchenleitung hatte die Aktion von Brüsewitz vom 8. August 1975 zur Folge, als er während einer langanhaltenden Trockenperiode ein Pferd vor einen offenen Wagen spannte und darauf ein großes Transparent anbrachte, auf dem stand: „Kirche in Not, kehre zurück. Wir beten um geistigen und irdischen Regen, ohne Gott geht die ganze Welt kaputt.“

Am 22. August 1975 gab es deshalb ein Gespräch beim Rat des Bezirkes in Halle, an dem Propst Bäumer und Kirchenrat Schultze teilnahmen. Es ging allein um diese Aktion, und staatlicherseits stand die Frage im Raum, ob er „wirklich geistig ganz normal sei“. Propst Bäumer, so das kirchliche Protokoll, habe ihn in Schutz genommen und erklärt, dass es solche „Erscheinungen in der Kirche gebe und geben müsse“. Zugleich sicherte er eine Auswertung in Zeitz zu, denn: „Daß ein solches Verhalten allerdings für die staatlichen Stellen beschwerlich sei, sei uns klar. Wir könnten es in dieser Form auch nicht billigen“, was sich dann eher als Distanzierung liest.

Dieser Vermerk ging durch das Konsistorium, Gottfried Stornowski, Kirchenjurist im Konsistorium, warf die Frage auf, ob Brüsewitz nicht ins Konsistorium bestellt werden solle, und der Bischof empfahl offenbar, Propst Siegfried Seeliger solle Verbindung mit ihm aufnehmen.<sup>867</sup>

Konsistorialpräsident Jürgen Heise (1927–2011), der die administrative Leitung im Konsistorium innehatte, oder Bischof Werner Krusche selbst, dem die theologische Leitung oblag (die entsprechende Paraphe konnte bis Redaktionsschluss nicht zugeordnet werden) fertigten eine Weisung. Demnach wurde der stellvertretende Propst Siegfried Seeliger gebeten, „über das weitere Vorgehen im Falle ‚Brüsewitz‘ Erkundungen einzuziehen, die so verzeichnet wurden:

„1.) Vorsitzender KRR Hildebrandt und Pf. Brüsewitz ist ein Gespräch kaum zumutbar, da Brüsewitz es ablehnt, mit Hildebrandt zu sprechen.

2.) Sup[erintendent] Seeliger ist mit den Verhältnissen zu wenig vertraut und hält deshalb ein Gespräch als Propstvertreter für wenig sinnvoll.

3.) Deshalb soll nach Rücksprache mit Frau Lenzen Propst Bäumer gebeten werden, ein diesbezüg[liches] Gespräch in Magdeburg zu führen. Dieses mehr seelsorgerliche Gespräch soll aber durch die Einladung nach Magdeburg einen gewissen Stellenwert bekommen.

4.) Zum Einladungsmodus: Anschreiben an Brüsewitz direkt. Kurze Benachrichtigung über das Vorhaben an Hildebrandt, damit einerseits die notwendige Information erfolgt – andererseits die Einladung nicht auf dem Dienstwege ergeht.

Herrn Propst Bäumer mit der Bitte um Entscheidung und Einladungsschreiben.“<sup>868</sup>

Am 26. September 1975 informierte Propst Bäumer „nach Absprache mit dem Dezernat und dem Herrn Bischof“ den Superintendenten in Zeitz über die Einladung von Brüsewitz nach Magdeburg, um über dessen „Unternehmungen zu sprechen und eine Absprache zu erreichen“.

Dem „verehrten, lieben Bruder Brüsewitz“ schrieb er gleichfalls, erinnerte ihn an das mit ihm geführte „lange Gespräch“, worüber er „sehr viel denken“ musste: „Nach Absprache mit dem Herrn Bischof möchte ich Sie freundlichst bitten, in der nächsten Zeit einmal hierher nach Magdeburg zu kommen.“ Als Grund gab er ebenfalls die „Unternehmung“ an, womit seine Aktion am 8. August 1975 gemeint war, als er während einer langanhaltenden Trockenperiode ein Pferd vor einen offenen Wagen spannte und darauf ein großes Transparent anbrachte, auf dem stand: „Kirche in Not, kehre zurück. Wir beten um geistigen und irdischen Regen, ohne Gott geht die ganze Welt kaputt.“ Bäumer wünschte: „Es ist für alle Seiten gut, wenn wir hier miteinander das Rechte bedenken können.“<sup>869</sup>

Diese Einladung dürfte im Kirchenkreis wie auch bei Brüsewitz für Aufmerksamkeit gesorgt haben. Brüsewitz bestätigte diesen Termin für den

13. Oktober 1975. Über dieses seelsorgerliche Gespräch fertigte Bäumer einen handschriftlichen Vermerk an, in dem es heißt: „Pfr. Brüsewitz fühlt sich von der Situation in der Gesellschaft immer weiter ‚eingekreist‘. Er sucht nach Auswegen im Sinne einer ‚Verteidigung Gottes‘. Der Alltag in der Gemeinde sei schön, obwohl die Menschen durch die berufl[ichen] Anforderungen keine Zeit aufbringen könnten für die Kirche. Am bedeutendsten sei der Sonntag. Der Sinn des Gottesdienstes geht verloren, wenn die Christen nicht hören. Es sei ihm unerträglich, wenn die überlegenen, oft lächerlich wirkenden Angriffe auf Kirche u. Glauben – vor allem im Schulbereich (Vorkommnis [mit] einer Schulk[asse] neben der Kirche) – unwidersprochen blieben. Er beobachte, wie das Christenleben systematisch kaputt gemacht werde (von 20 Kindern auf jetzt 5 oder 6). Seine Aktionen seien ein Extremfall gewesen. Er wolle diese Mittel wiederholen. Die Landwirtschaft, die er betreibe, sei für ihn die Gelegenheit zur Besinnung und Berufung.“<sup>870</sup>

Von Brüsewitz selbst gibt es zu diesem Gespräch ein Echo, das von Hildebrandt gespiegelt wurde. Demnach sei er „voller Stolz“ gewesen. Durch Bruder Seeliger wisse er, Hildebrandt, dass der Rat des Bezirkes beim Konsistorium interveniert hätte, weshalb er von dort eingeladen worden wäre. Hildebrandt bat um eine schriftliche Mitteilung an Brüsewitz, da dieser danach suchen würde, wer ihn beim Konsistorium „angezeigt“ habe, was Hildebrandt ihm gegenüber dementiert habe, was Brüsewitz aber nicht geglaubt habe.<sup>871</sup>

Vor Ort gab es ein Gespräch zwischen Brüsewitz, Maria Krien und Joachim Hildebrandt am 21. Oktober 1975. Brüsewitz erzählte von seinem Besuch in Magdeburg. Hildebrandt notierte: „Dabei ergab sich offensichtlich, daß er mich so als eine Art Halbkommunisten hingestellt hat. Das ging wohl so weit, daß er sagte [...], daß er mir nicht trauen würde, wenn er mal im Gefängnis säße und ich ihn besuchen würde. Er zitiert da immer wieder, was ich da bei der Einführung am 1.9.74 gesagt haben soll.“ Und weiter: „Wenn da einer sagt (und wer sagte das heute nicht von uns allen!), daß wir als Christen auch mit den Marxisten ins Gespräch kommen müssen, daß wir zunächst einmal einfach auf sie hören müssen, wie wir von jenen erwarten, dass sie auch auf uns hören und uns ernst nehmen in unserer Haltung, dann sieht er buchstäblich rot.“<sup>872</sup>

Bäumer informierte den Superintendenten am 21. Oktober 1975 schließlich so: „Der Bezirk hatte anlässlich eines Gesprächs in anderer Sache, das Bruder Dr. Schultze und ich in Halle mit Herrn Wolf [vom Rat des Bezirkes] zu führen

hatten, das Unternehmen ‚Fahrt nach Zeitz‘ angesprochen und darum gebeten, uns einzuschalten.

Ich weiss, dass ich Bruder Brüsewitz viel zu wenig kenne, um sein gesamtes Verhalten beurteilen zu können. So war ich aber unbefangen und konnte versuchen, den Gründen für sein Verhalten nachzuspüren. Ich bin dankbar für ein sehr offenes, freimütiges Gespräch. Es waren keine Rechtfertigungsversuche, die Bruder Brüsewitz vorbrachte, wohl aber eine Sicht seiner Situation als Pastor, die durch das Gefühl bestimmt war, überall nur Einengung, Behinderung und Gleichgültigkeit zu erleben. Er möchte diese Umklammerung durchbrechen. Er gab zu, dass das auch mit untauglichen Mitteln geschehen sei. Sicher macht ihm sein Temperament dabei zu schaffen. Ich glaube aber, dass seine eigentliche Beunruhigung theologischer oder geistlicher Art ist. Er leidet darunter, dass Gott, dem er dienen möchte, nicht seine Macht beweist. Ich denke, wir müssen behutsam und seelsorgerlich mit ihm umgehen, obwohl ich mir durchaus vorstellen kann, wie schwierig sich das gestalten kann, wenn man es mit Ihrer Verantwortung belastet tun soll. Ich habe ihm dringend geraten, nichts ohne vorherige Absprache mit Brüdern oder Schwestern zu tun. Er hat mir auch zugesagt, keine ‚Kraftakte‘ mehr zu unternehmen, sondern das, was jetzt zu tun sei, in der Gemeinschaft mit den anderen zu suchen und zu prüfen. Wir haben verabredet, nach einer gewissen Zeit des Verarbeitens nochmals zusammenzukommen.

Eine Bitte, die Bruder Brüsewitz geäussert hat, meine ich, Ihnen weitergeben zu sollen. Er empfand die Art, in der Sie im Konvent zur Frage des Verhältnisses von Marxisten und Christen sprächen, zu einseitig oder zu unkritisch. Es fiel ihm und auch anderen schwer, das zu hören. Natürlich kann ich das von hier aus gar nicht beurteilen, aber ich denke, wir dürfen uns auf solche Stimmen ruhig aufmerksam machen. Gerade an dieser Stelle wird ja jeder von uns das immer neue Überdenken gebrauchen können. Verzeihen Sie mir bitte darum, dass ich Ihnen dieses Anliegen von Bruder Brüsewitz so ohne Rückfrage weitergebe. Der Rat des Bezirkes erwartet übrigens nicht, dass wir nochmals auf diese Angelegenheit zurückkommen sollten. Seine Befürchtung, dass er zur Aufgabe seiner ‚Landwirtschaft‘ veranlasst werden sollte, habe ich ihm ausgedrückt. Ich glaube, dass er darin einen Ausgleich hat, den man ihm nicht nehmen sollte. Mein Eindruck von dieser einen Begegnung her fasst sich darin zusammen, dass Bruder Brüsewitz auf jeden Fall eine ständige Begleitung braucht, auch wenn er

sie vielleicht nicht immer annimmt. Es muss dies sicher auch die Aufgabe von mehreren bleiben.“<sup>873</sup>

Allgemein entstand der Eindruck, als würde Oskar Brüsewitz eine solche „Unternehmung“ nicht wiederholen.

Dabei beschäftigte Oskar Brüsewitz in jenen Tagen eine gänzlich andere, für ihn wichtige Angelegenheit: Er setzte sich beim Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker für die Freilassung eines Mannes ein. In einem Schreiben vom 20. Dezember 1975 exponierte er sich für diesen, der vom Kreisgericht in Zeitz wegen „Rowdytum, Staatsverleumdung und Widerstand gegen staatliche Maßnahmen“ zu einem Jahr Haft verurteilt worden war. Brüsewitz hatte während dieses Verfahrens „als Seelsorger“ im Publikum gesessen. Er bat den Staatsratsvorsitzenden nun, den in Haft sitzenden Mann freizulassen. Die Bürgschaft für ihn würde er zusammen mit der LPG „7. Oktober“ Droßdorf übernehmen und darüber hinaus würde er „anstelle des Angeklagten die restliche Strafe“ verbüßen. Einen Durchschlag dieses Schreibens sandte er an das Konsistorium.

Die Causa selbst war noch vor der Verurteilung des Familienvaters am 16. April 1975 Gesprächsgegenstand bei der Kirchenabteilung beim Rat des Bezirkes Halle. Auf der Rückseite des Schreibens von Brüsewitz und einem weiteren finden sich Vermerke und Paraphen auf den beiden Blättern 268 und 275 der Personalakte, die verständigerweise als Versetzungskonzept der Kirchenleitung zu lesen sind.

Auf der Rückseite dieses Schreibens vermerkte offenkundig Harald Schultze für Propst Bäumer am 25. Mai 1976: „Herrn Propst Bäumer, zur Orientierung für das nächste Gespräch beim Rat des Bez[irkes] Halle. Nachdem ein Gespräch über Brüsewitz erneut beim Rat des Bez. Halle geführt worden ist (Vermerk Bäumers, 21.5.76)“ – dieser Vermerk konnte bislang nicht aufgefunden werden.

Unter Schultzens Vermerk findet sich dann der nächste Vermerk an KR Gottfried Stornowski, den Kirchenjuristen im Konsistorium, der festhält: „Wir müssen mit Pfr. Hildebrandt u. Pfr. Brüsewitz sprechen.“

Das Referat IV/1 des Konsistoriums vermerkt daraufhin:

„1. Pfr. Hildebrandt u. P'n Krien werden am 12.6.76 [sic!, tatsächlich 10.6.1976] um 8 Uhr hierher [ins Konsistorium] kommen, um diese Sache mündlich zu besprechen. Propst Bäumer u. KR Stornowski sind herzlichst um Teilnahme gebeten.

2. Vorl[age] am 9.6.76 (auf den Tisch!)“

Das wiederum wurde am 25. Mai paraphiert.

In dem handschriftlichen Vermerk steckt faktisch der Fahrplan der Versetzung Brüsewitz', bei dem mit dem Instrument der Visitation operiert werden sollte: „Am 10.6.76 ist die ganze Sache Brüsewitz zwischen Pfr. Hildebrandt u. P.n Krien einerseits u. Propst Bäume u. mir andererseits zwischendurch mit folgendem Ergebnis abgestimmt worden.

1) Pfr. Hildebrandt wird darauf achten, daß Pfr. Brüsewitz nicht mit dem Strafgesetzbuch (öffentl[iches] Ärgernis) in Konflikt kommt.

2) Die geplante Visitation im Herbst 1976 wird abgewartet werden (Pfarrdienststörung in Rippicha).

3) Propst Bäume wird dann mit Pfr. Brüsewitz sprechen, ob nicht ein Wechsel geraten erscheint.

4) Vorl[age] am 1.11.76.“

Nächste Paraphe: „Herr Bäume: Wissen Sie, was das Gespräch am 10.6.76 ergeben hat“, fragte am 17.6.1976 KR Stornowski.

Der darauffolgende Vermerk lautete: „Der umstehende Fall [gemeint ist Brüsewitzens Brief an den Staatsratsvorsitzenden] hat sich erledigt. Mit Hildebrandt/Krien ist abgesprochen, dass zunächst Propst [von Naumburg, Günter] Bronisch [1927–1986], und demnächst Bäume mit Brüsewitz sprechen werden. Tendenz: Wechsel in eine neue Pfarrstelle,“ parapiert am 7. Juli 1976 von Stornowski.

Nach dieser Aktenlage zu urteilen, hat sich das Konsistorium in Magdeburg, vertreten durch Bäume und Kirchenjurist Stornowski einerseits, sowie Superintendent Hildebrandt und Krien andererseits, entschieden, die Versetzung von Oskar Brüsewitz einzufädeln.

Propst Bronisch fuhr am 12. Juli 1976 nach Rippicha und sprach mit Christa und Oskar Brüsewitz. Einen Tag später schrieb er über das Gespräch an Bäume: „Entgegen meiner Meinung in unserem Gespräch Mitte Juni habe ich ihm schließlich den Rat gegeben, sich umgehend in eine andere Pfarrstelle versetzen zu lassen. Ich habe mich dabei auf Sie berufen, ohne ihm den Hintergrund zu nennen, und ihm empfohlen, sich die Gründe für diesen Rat bei Ihnen konkret sagen zu lassen. Ob ihn diese Wendung in unserem Gespräch nur für den Augenblick geschockt hat oder, ob er bereits selbst an ein Weggehen von Rippicha gedacht hat – oder ob er blitzschnell dahingehend kombiniert hat: Dann kann ich der Visitation entgehen?

Wie dem auch sei: Zunächst hoffe ich darauf, daß er sich dieser Frage ernsthaft stellt. Natürlich erwartet er dann bereits von Ihnen den Hinweis auf eine

(Dorf-)Pfarrstelle, und mir ist bewußt, wie groß die Verantwortung ist, die man dem neuen Kirchenkreis gegenüber hat, wenn man ihn [Brüsewitz] dorthin lenkt. [...]

Bei einer positiven Wendung müsste man aber m. E. erwägen, ob man die Visitation von Rippicha weglenkt und dort lediglich eine umfassende Übergabe ins Auge faßt.

Nicht unterlassen möchte ich den Tip, auf der Beteiligung von Frau Brüsewitz bei dem Gespräch zu bestehen. Sie hat auf mich einen guten Eindruck gemacht – anscheinend nicht stark genug, ihren Mann von seinen Attacken abzubringen, aber doch auch nicht ihm hörig, sondern eine sanfte, kritische Gefährtin. Sie hat den Gedanken, von R[ippicha] fortzugehen, sofort positiv aufgenommen.<sup>“874</sup>

Am 23. Juli 1976 fand das Gespräch zwischen Propst Bäumeer und dem Ehepaar Brüsewitz in Rippicha statt. Den Ablauf fasst Harald Schultze zusammen, der das Wesentliche in einem Schreiben vom 2. Juni 1992 an Propst Bäumeer (damals im Ruhestand) rückblickend so formuliert hat: „Sie haben mit Brüsewitz über den Wechsel der Pfarrstelle gesprochen.“<sup>875</sup>

Bäumeer selbst erklärte, er habe zwei Gespräche mit Oskar Brüsewitz geführt, zuletzt am 23. Juli 1976 in Rippicha: „Auch in unserem letzten Gespräch, in dem wir über den Vorschlag der Kirchenleitung zu einem Pfarrstellenwechsel zu sprechen hatten, war nicht zu erkennen, dass er sich in einem inneren Gegensatz zur Kirchenleitung befand, vielmehr konnten wir in Ruhe über die konkreten Einzelheiten reden, auch darüber, dass die staatliche Seite Druck ausübte. Ich konnte mit dem Eindruck nach Magdeburg zurückfahren, dass Bruder Brüsewitz bereit war, sich mit unseren Vorschlägen zu befassen.“<sup>876</sup>

In einem undatierten Skript äußerte sich Bäumeer wesentlich ausführlicher und auch klarer: Er habe Brüsewitz am 23. Juli 1976 allein deshalb aufgesucht, um mit ihm über einen Pfarrstellenwechsel zu sprechen, zumal im Politischen wiederholt seine Versetzung verlangt wurde. Bäumeer: „Ich kann mich nicht daran erinnern, dass Bruder Brüsewitz grundsätzliche und schwerwiegende Einwände geäußert hat. [...] Aber das Angebot eines Neuanfanges am anderem Ort wurde nicht abgewiesen. Es wurde versprochen, sich bald mit den in Aussicht genommenen Pfarrstellen zu befassen und sich über die Voraussetzungen dort zu informieren.“<sup>877</sup>

Von dem ansonsten gewissenhaften Protokollanten Bäumeer ist über dieses Gespräch kein Vermerk in den Akten überliefert.

Seit dem 12. Juli 1976 wussten Christa und Oskar Brüsewitz also, dass die Kirchenleitung gewillt war, ihn zu versetzen: 37 Tage vor seinem Fanal. Er hat offenbar auch gegenüber Propst Bäumer am 23. Juli 1976 keinen Widerstand gegen den Wechsel erklärt: 26 Tage vor seinem Fanal.

Noch am 12. Oktober des Vorjahres (1975) hatte er, ins Konsistorium in Magdeburg eingeladen, dieses mit einem guten Gefühl verlassen. Doch nachdem er sich an den Staatsratsvorsitzenden gewandt hatte, um sich gegen einen politischen Häftling austauschen zu lassen und dies den deutlichen Unmut der staatlichen Stellen hervorgerufen hatte, riss dem Bischof, dem Kirchenjuristen und dem Propst der Geduldsfaden. Nicht nur Joachim Hildebrandt und Maria Krien im Kirchenkreis, sondern auch die Kirchenleitung in Magdeburg gaben dem Druck des Staates nach und begannen, seine Versetzung konzeptionell vorzubereiten, während Oskar Brüsewitz dieser Verbeugung vor der SED-Diktatur mit einem Fanal ein Zeichen zu setzen plante, die „dritte Stufe“, wie er das seinerzeit genannt hat.

## Der Tod

Am 18. August 1976 ging der Notruf um 10:24 Uhr ein. Etwa sechs Minuten später traf der Krankenwagen der Dringlichen Medizinischen Hilfe ein, der Oskar Brüsewitz zum Kreiskrankenhaus in Zeitz brachte. Die Fahrt selbst zum kaum zwei Kilometer entfernten Krankenhaus (heute ein Ärztehaus) in der Röntgenstraße dauerte fünf Minuten. Dort fand die erste ärztliche Versorgung statt, bei der außerordentlich schwere, lebensgefährliche Verbrennungen diagnostiziert wurden. 85 Prozent seiner Haut waren betroffen. Während dieser ersten Versorgung kam er zu Bewusstsein.<sup>878</sup>

Über die Geschehnisse im Zeitzer Krankenhaus gibt eine fünf Monate später angefertigte Notiz Auskunft. Sie stammt von Pfarrer i. R. Karl Friedrich Richard Bender (geb. 1908)<sup>879</sup> aus Rehmsdorf, der am 28. Januar 1977 ein Gespräch mit dem dort behandelnden Arzt aufzeichnete. Das Original dieser Notiz befindet sich in der persönlichen Handakte von Propst Bäumer. Diese wurde erst neun Jahre nach dessen Ableben durch die damalige Landesbischöfin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, Ilse Junkermann (im Amt von 2009 bis 2019), an das Archiv des Konsistoriums übergeben.

Demnach berichtete der behandelnde, namentlich ungenannte Arzt, Brüsewitz habe Verbrennungen zweiten und dritten Grades erlitten. Die Notfallversorgung sah Infusionen und schmerzstillende Mittel vor. Brüsewitz war bei vollem Bewusstsein und litt unter starken Schmerzen. Er wünschte sich ein Gespräch mit einem ihm bekannten Arzt (dessen Name ebenfalls nicht vermerkt ist). Dieser habe ihn gefragt: „Herr Brüsewitz, wie ist denn das passiert?“ Die Antwort lautete: „Ach, Herr Doktor, was heißt passiert?“ Und weiter: „Ich habe nur ein einziges Leben und das habe ich meinem Gott gegeben [...] Die Menschen gehen einher und merken gar nicht, was alles getan wird ([...] Böses getan wird)“, was von den Zuhörenden als politische Äußerung gedeutet wurde.

Auf seine Bitte „Laßt niemand zu mir“ wurde geschlossen, dass niemand sehen sollte, wie entstellt er war. Als ihm die beabsichtigte Verlegung nach Halle mitgeteilt wurde, äußerte er den Wunsch, in Zeitz zu bleiben: „Laßt mich doch hier!“ Ausweislich dieser Notiz wurde er nach etwa einer Stunde im Kreiskrankenhaus, folglich um 11:30 Uhr, in Begleitung eines Arztes auf die Intensivtherapiestation nach Halle-Dölau verlegt (Dokument 46).<sup>880</sup> Die Brüsewitz behandelnde Stationsärztin im Kreiskrankenhaus Zeitz hatte sich gegen 11:00 Uhr telefonisch an den jungen Stationsarzt der Intensivtherapiestation im Bezirkskrankenhaus Halle-Dölau, Dipl.-med. Michael Günther (geb. 1942) gewandt, und bat ihn um Übernahme des Patienten.<sup>881</sup>

Ein Mitarbeiter der MfS-Kreisdienststelle brach zum Krankenhaus auf, um festzustellen, ob er vernehmungsfähig sei. Doch er kam zu spät. Brüsewitz war auf Weisung der SED-Kreisleitung Zeitz bereits nach Halle verlegt worden. Hauptmann Behrend von der MfS-Kreisdienststelle befragte den behandelnden Arzt, der ihm mitgeteilt hatte, dass sich Oskar Brüsewitz so zu seinen Motiven geäußert hat: „er opfere sich im Kampf gegen den Kommunismus“ und „vor einiger Zeit sei bei ihm der Bischof gewesen, der ihm seine Versetzung mitgeteilt habe“ (Dokument 47).<sup>882</sup> Zugleich erfolgte die Befragung von Christa Brüsewitz im Pfarrhaus durch das MfS, der am Nachmittag eine fünfstündige Vernehmung in der Kreisdienststelle des MfS folgte.

Für den Transport in das 73 Kilometer entfernte Bezirkskrankenhaus Halle-Dölau (heute Christliches Klinikum Halle) wird der Krankenwagen etwa zwei Stunden benötigt haben. Demnach traf der offenbar bewusstlose Brüsewitz gegen 13:30 Uhr auf der Intensivtherapiestation ein – vorausgesetzt, er hatte sich zuvor eine Stunde im Kreiskrankenhaus in Zeitz aufgehalten. Der Chefarzt der Klinik für Anästhesie und Intensivtherapie, Medizinalrat Dr. med.

Horst Liebal, vermerkte als Ankunftszeit jedoch 13:00 Uhr. Folglich könnte sich Brüsewitz auch kürzer als eine Stunde im Zeitzer Kreiskrankenhaus aufgehalten haben. Um diese Zeit übernahm Dr. Wolfgang Krebs in Halle den Patienten, von dem bis dahin lediglich ein Blutgruppenschein und ein bislang nicht aufgefundenes Protokoll der medizinischen Behandlungsmaßnahmen vorlagen. Auf der Intensivtherapiestation begannen um 13:30 Uhr die Schockbehandlung, die lebenserhaltenden Maßnahmen sowie die Wundversorgung in Narkose. Die Diagnose zu diesem Zeitpunkt lautete: „Benzinverbrennung II. Grades, die etwa 80 % der Körperoberfläche einschließlich des Kopfes ausmacht. Nicht betroffen sind die Füße, das Gesäß, Teile des Bauches und des vorderen Brustkorbes. Der Patient ist verwirrt, jedoch ansprechbar, wobei seine Angaben unzusammenhängend sind. Auskunft zum Motiv der suizidalen Absicht konnte nicht eingeholt werden.“ Liebal notierte am 18. August 1976 weiter: „Vorläufige Voraussicht: Der Patient schwebt in absoluter Lebensgefahr. Eine Aussage für ein evtl. Überleben kann bei derart schweren Verbrennungen nicht gemacht werden. In der Regel sind derartig schwere Verbrennungen nicht zu überstehen.“<sup>883</sup>

Der behandelnde Arzt, Dr. Krebs, teilte einem Mitarbeiter des Referats für Kirchenfragen beim Rat des Bezirkes Halle namens Hewelt gegen 9:00 Uhr morgens mit, dass Oskar Brüsewitz noch unter Narkose stehe und noch am gestrigen Abend chirurgisch behandelt worden sei. Es bestehe jedoch die Absicht, ihn im Laufe des Vormittags wieder zu Bewusstsein zu bringen. Zudem hieß es: „Der behandelnde Arzt hat wenig Hoffnung, dass Pf. Brüsewitz am Leben bleibt.“<sup>884</sup> Zwei Stunden später, gegen 11:10 Uhr, informierte Dr. Krebs den Chefarzt darüber, dass es nichts Neues gebe.<sup>885</sup>

Erst am 20. August um 18:00 Uhr kam Oskar Brüsewitz wieder zu Bewusstsein. Es war das erste Mal, dass er seit dem Tag seiner Einlieferung in das Krankenhaus wieder ansprechbar war. Er erkundigte sich, ob er in einem staatlichen oder christlichen Krankenhaus liege. Die Ärzte waren gehalten, den Pfarrer nach dem Motiv seines Tuns zu befragen und alle Gespräche auf Tonband aufzunehmen. Auf eine entsprechende Frage antwortete er laut einer Aktennotiz, der Bischof habe ihn dort weghaben wollen, doch er wolle das nicht. Auf die Frage nach dem Warum habe er geantwortet, „dass es woanders auch nicht besser sei“; er habe sich dort an die Menschen gewöhnt.<sup>886</sup> Das MfS hatte bereits eine Reihe von Festlegungen getroffen, wie mit dem Patienten umzugehen sei. So sollten alle Informationen ausschließlich an die SED-Bezirksleitung Halle und an das MfS gehen.

Zudem galt eine Informationssperre: Freunde und Bekannte blieben ohne Auskunft, ärztliche Bulletins für Journalisten waren nicht vorgesehen. Für Christa Brüsewitz legte das MfS fest, dass sie im Falle ihres Vorsprechens nur Auskünfte über den gegenwärtigen Gesundheitszustand ihres Mannes erhalten dürfe.<sup>887</sup> Als sie am 20. August 1976 gemeinsam mit ihren beiden Töchtern und in kirchlicher Begleitung durch Pfarrerin Maria Krien im Bezirkskrankenhaus Halle-Dörlau erschien, um ihren Mann zu sehen, wurde sie lediglich über seinen kritischen Zustand unterrichtet. Ein persönlicher Besuch am Krankenbett wurde ihr und den Angehörigen strikt verwehrt.<sup>888</sup>

Während es noch ungewiss und eher wenig wahrscheinlich war, dass Oskar Brüsewitz überleben würde, plante das MfS bereits für die Zeit danach. Es legte fest, in welcher Gerichtsmedizin die Obduktion stattfinden sollte, und veranlasste vorab die Überführung dorthin durch das behandelnde Krankenhaus.<sup>889</sup>

Am 22. August, wie aus einer am Folgetag angefertigten Notiz aus der privaten Handakte von Propst Bäumer hervorgeht, erlitt Brüsewitz gegen 14:00 Uhr wahrscheinlich einen zweiten Infarkt. Seine Atmung hatte ausgesetzt und er wurde künstlich beatmet, allerdings ohne Erfolg. Medizinisch erfolgte wegen der Atemnot ein Kehlkopfschnitt. Gegen 18:05 Uhr verstarb er. „Öffnung heute wie vorgesehen. Mit Freigabe für Dienstag [24. August] oder Mittwoch zu rechnen. Beerdigung evtl. Donnerstag [26. August].“<sup>890</sup>

Oskar Brüsewitz war während seines viertägigen Kampfes überwiegend nicht ansprechbar. Doch genau an dem Tag, als er zeitweise das Bewusstsein wiedererlangte, hielten sich seine Frau und die beiden Töchter im Krankenhaus auf. Sie drangen jedoch nicht zu ihm durch. Das vom MfS erzwungene Kontaktverbot am Krankenbett verletzte nicht nur elementare humanitäre Grundsätze, sondern widersprach zutiefst der protestantischen Glaubenspraxis. Nach evangelischem Verständnis ist die Sterbebegleitung ein fundamentales Recht des Sterbenden und eine zentrale Pflicht der christlichen Nächstenliebe. Die lutherische Tradition sieht vor, dass Angehörige und Seelsorger dem Sterbenden in seinen letzten Stunden beistehen und gemeinsame Trostgebete sprechen. Auch die rituelle Segnung am Krankenbett sowie die anschließende Aussegnung des Leichnams gehören zu einem würdevollen, gemeinschaftlichen Abschied. Indem das SED-Regime Christa Brüsewitz und ihre Töchter isolierte und am 20. August 1976 rigoros abwies, wurde der Familie die Ausübung dieser elementaren christlichen Rituale bewusst verwehrt.

Offenbar sollte verhindert werden, dass der kurzzeitig erwachte Pfarrer noch unkontrollierte Abschiedsworte an seine Angehörigen übermitteln konnte. Bemühungen seitens des Konsistoriums, von Propst Friedrich Wilhelm Bäumer oder von Oberkirchenrat Harald Schultze, der Familie einen Zugang zu ermöglichen, sind nicht erkennbar, da sie sich mit den Gesprächen mit staatlichen Stellen andere Prioritäten gesetzt hatten.